



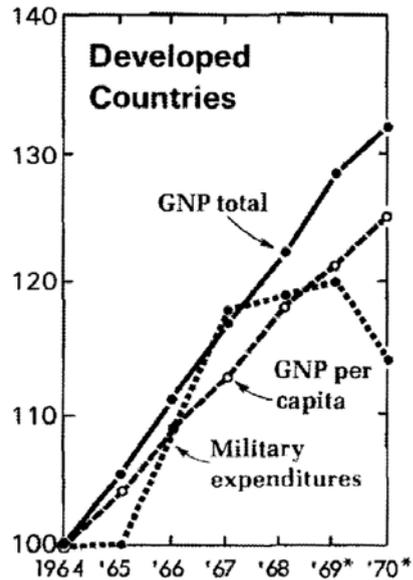
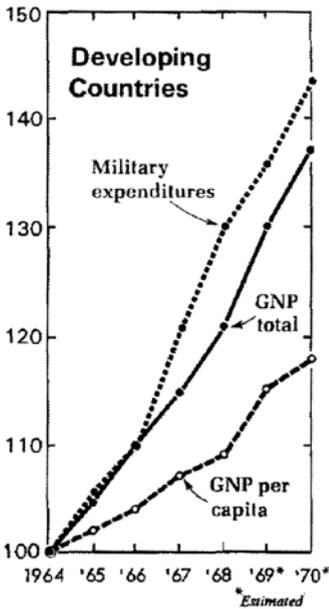
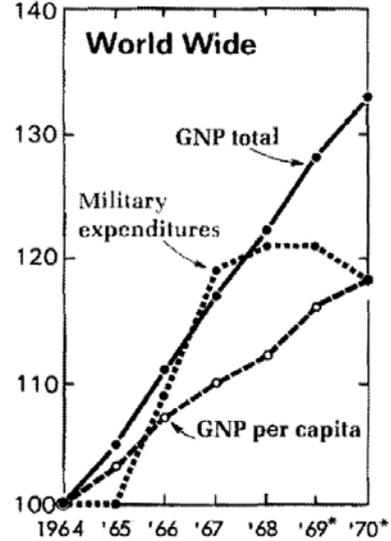
UNITED STATES ARMS CONTROL  
AND DISARMAMENT AGENCY

# WORLD MILITARY EXPENDITURES 1970

Chart II

## MILITARY EXPENDITURES AND GNP ESTIMATED IN CONSTANT PRICES

Index: 1964 = 100



Quelle 1-4: Grafik weltweite Rüstungsausgaben im Vergleich zur Wirtschaftsleistung (absolut und pro Kopf), gesamt sowie nach »entwickelten« Ländern und Entwicklungsländern unterschieden. ACDA 1970, World Military Expenditures 1970, Washington D. C., 2.

# Verschwenderische Rüstungspolitik

Die Statistiken der US-Regierung über globale Militärausgaben (1970)

Preis: Wert, Markt  
Innovation: Technologie,  
Bedürfnis: Verschwendung

Die fünfziger und frühen sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts waren eine Zeit massiver globaler Aufrüstung. Technologien, die während des Zeiten Weltkriegs nur sehr begrenzt einsatzfähig gewesen waren – allen voran Raketen, düsengetriebene Kampfflugzeuge und Atombomben – erlebten vor dem Hintergrund des alles bestimmenden Kalten Kriegs ihren Durchbruch. Ihnen kamen Schlüsselfunktionen in militärischer Planung und Strategie zu. Regierungen überall auf der Welt stellten die Landesverteidigung auf diese neuen Waffentechnologien um. Rüstungsforschung und -entwicklung brachten in hoher Frequenz Innovationen hervor und erlebten einen Boom, der unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg undenkbar gewesen war. Zahlreiche Waffensysteme wie der Überschalljäger F 16 oder die beiden Bomber B 1 und B 52, die noch heute auf den Schlachtfeldern zum Einsatz kommen und das Rückgrat zahlreicher Luftwaffen bilden, wurden in diesen Jahren entwickelt. Gleichzeitig war es bis Mitte der sechziger Jahre außerordentlich schwierig, sich ein Bild vom Ausmaß dieses Aufrüstungsprozesses zu machen. Hatte der Völkerbund in der Zwischenkriegszeit noch ein Jahrbuch herausgegeben, das Angaben über die Militärausgaben seiner Mitgliedstaaten zusammentrug und diese vereinheitlichte, verzichteten die Staaten im Kalten Krieg darauf, der UN vergleichbare Kompetenzen zu erteilen.

Aufrüstung messbar machen

Stattdessen waren es private Forschungsinstitute – allen voran das Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS, seit 1958) und das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI, seit 1970) –, die öffentlich zugängliche Daten über weltweite Militärausgaben sammelten und analysierten.<sup>1</sup> Eine Ausnahme bildeten ausgerechnet die USA – der Staat, der wie kein anderer die eigene und weltweite Aufrüstung befeuerte. Im Januar 1966 begann Washington mit der Veröffentlichung eines Jahrbuchs, das erstmals die Erkenntnisse einer Regierung über die weltweiten Militärausgaben öffentlich zugänglich machte. Herausgegeben wurde das Jahrbuch von der 1961 gegründeten Arms Control and Disarmament Agency. Die ACDA war keinem Ministerium direkt untergeordnet. Ihre Funktion war es, den Präsidenten, den Außenminister, andere Mitglieder der Exekutive und den Kongress in Abrüstungsfragen zu beraten.

Die ACDA bezog ihre Informationen von ganz unterschiedlichen Institutionen. Daten über die kommunistischen Staaten erhielt die ACDA von der CIA und entnahm sie den Publikationen des IISS. Mit Blick auf nichtkommunistische Staaten stützte sie sich auf Daten, die die OECD, die WHO und die UNESCO sammelten. Am wichtigsten war jedoch das statistische Material der US Agency for Inter-

<sup>1</sup> International Institute for Strategic Studies 1960–2021: *The Military Balance. The Annual Assessment of Global Military Capabilities and Defence Economics*, London: Routledge; SIPRI 1968/68–2020, *Yearbook of World Armaments and Disarmament*.

national Development.<sup>2</sup> Sie veröffentlichte bereits seit ihrer Gründung 1961 sogenannte *data books* mit Wirtschaftsinformationen über alle Länder. Diese Datensammlungen hatten bereits seit Publikationsbeginn Rüstungsbudgets ausgewiesen.<sup>3</sup> Insofern war der Neuigkeitswert der ACDA-Publikationen bei näherer Betrachtung gar nicht so groß. Schon vor 1966 war es möglich gewesen, in den *data books* die Schätzungen der US-Regierung bezüglich einzelner Länder zu recherchieren. Neu war erstens, dass dies nun umfassend geschah, und zweitens die Art und Weise, wie diese Informationen in einer eigenen Publikation zu einem Gesamtbild zusammengefügt und analysiert wurden.

Was trieb die US-Regierung an, die ihr vorliegenden Informationen öffentlich zugänglich zu machen? Einen ersten Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage bietet das Arrangement der Zahlen und Daten in den Grafiken der ACDA. Der Bericht besteht aus zwei Teilen: Der erste, sechs Seiten umfassende Teil ist mit »Highlights of Data« überschrieben und beansprucht, zentrale Trends der internationalen Rüstungsbemühungen zu veranschaulichen. Der zweite Teil bietet auf 22 Seiten Tabellen mit Angaben über Rüstungsausgaben nach Ländern, Regionen und Militärbündnissen. Das hier vorgestellte und diskutierte Set an Graphiken ist das zweite von insgesamt sieben, die sich im Jahrbuch für 1970 befinden.

Entgegen der Erwartung nimmt die Graphik nicht den Ost-West-Konflikt zum Ausgangspunkt, sondern den Gegensatz zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Staaten,<sup>4</sup> der häufig etwas unscharf als Nord-Süd-Konflikt bezeichnet wird. Dieser Perspektivwechsel ist nicht etwa nur Gegenstand dieser einen Grafik. Es handelt sich um die zentrale Unterscheidungskategorie der Jahrbücher seit ihrer Erstveröffentlichung 1966. Die ACDA differenzierte zwar in jedem Bericht auch zwischen

NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten. Doch dieser Dimension widmete sie erstaunlich wenig Raum in ihren Analysen. Im Jahrbuch 1970 etwa nutzte nur eine von sechs Hauptgrafiken diese Unterscheidungskategorie, während drei die Unterschiede zwischen entwickelten Staaten und Entwicklungsländern sichtbar machten. Diese Schwerpunktsetzung war gewollt und kam im Hauptbefund des Jahrbuchs zum Ausdruck: Inflationbereinigt seien die Rüstungsausgaben 1970 weltweit leicht gesunken, was vor allem an Kürzungen der NATO-Staaten liege. Dass diese allerdings nach wie vor für den größten Teil der Rüstungsausgaben verantwortlich waren, war aufgrund der visuellen Strategie des ACDA nicht sichtbar, die »entwickelte« und »nichtentwickelte« Länder vom scheinbar gleichen Niveau aus wachsen ließ. Gleichzeitig sei weltweit das Bruttosozialprodukt ungebrochen gewachsen. Nur in den Entwicklungsländern wiesen die Rüstungsausgaben weiterhin parallel zum Wirtschaftswachstum eine steile Aufwärtskurve auf. Die Bevölkerung dieser Staaten leide am stärksten unter den Effekten von Rüstungswettläufen, da weit weniger Mittel für Bildung und Gesundheit zur Verfügung stünden.

Diese Aussage ver eindeutigte die ACDA eindrucksvoll, indem sie die Rüstungsausgaben nicht nur zum Bruttosozialprodukt ins Verhältnis setzte, sondern auch zum Bevölkerungswachstum. Wenn man nämlich nicht nur danach frage, wie schnell die Wirtschaft wachse, sondern auch, wie viele Menschen von diesem Wachstum profitierten, dann reduziere sich der positive Effekt wirtschaftlicher Entwicklung in sogenannten Dritte-Welt-Staaten enorm. In Entwicklungsländern mit ihren hohen Geburtenraten falle das Wirtschaftswachstum pro Kopf mit 19 Prozent seit 1964 nicht nur deutlich geringer aus als in den entwickelten Staaten, sondern es liege auch weit unter dem 43-prozentigen Anstieg der Rüstungsausga-

2 Interview with Robert H. B. Wade, 24. 1. 1990, 31 f. <http://www.loc.gov/item/mfdipbib001227>, letzter Zugriff: 9. 11. 2021; ACDA 1970, *World Military Expenditures 1970*, Washington D. C., 32.

3 Bspw. USAID 1970, *Economic Data Book East Asia*, Washington D. C.

4 Entsprechend dem Vorgehen der amerikanischen Entwicklungsbehörde USAID zählte die ACDA 93 Staaten zu den Entwicklungsländern. Dazu gehörten die Staaten Lateinamerikas, Afrikas mit Ausnahme Südafrikas, des Fernen Ostens mit Ausnahme Japans, Südasiens und des Nahen Ostens. In Europa zählten Albanien, Bulgarien, Griechenland, Portugal, Spanien, die Türkei und Jugoslawien zu dieser Kategorie.

ben. Auch wenn die erste Grafik des Jahrbuchs gezeigt hatte, dass die Großmächte in Ost wie West mit ihren Verbündeten für 85 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich zeichneten, erschien so gesehen die Aufrüstung der Entwicklungsländer als das gravierendere Problem.

Die ACDA hatte das Bevölkerungswachstum nicht immer so effektiv und für die USA vorteilhaft mit Zahlen zur weltweiten Rüstung in Beziehung gesetzt. Noch im Jahresbericht 1966/67 hatte sie mithilfe einer Grafik das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum mit dem Pro-Kopf-Anstieg der Rüstungsausgaben verglichen. Diese Form der Darstellung ließ die Entwicklungsländer »besser« dastehen, da die hohen Geburtenraten den Anstieg der Rüstungsausgaben relativierten: Diese Staaten hatten 1967 pro Kopf weniger für Rüstungsgüter ausgegeben als 1964. Dieselben Rüstungszahlen, die im Jahresbericht 1970 als Aufwärtskurve und zulasten der Entwicklungsländer veranschaulicht wurden, waren hier noch als Abwärtstrend dargestellt worden<sup>5</sup>. Gleichzeitig befanden sich die US-Rüstungsausgaben wegen des Vietnamkriegs auf ihrem Höhepunkt, sodass der Jahresbericht 1966/67 offensichtlich unvorteilhaft für die USA ausgefallen war.<sup>6</sup> Auch wenn sich in den bisher freigegebenen Akten keine Hinweise auf eine entsprechende Diskussion finden, scheint dies zu einer Revision der Veröffentlichungspraxis geführt zu haben. 1968 erschien kein Jahrbuch, und erst als die USA ihre Ausgaben in Vietnam in den Griff bekommen hatten, veröffentlichte die ACDA 1970 eine neue Ausgabe. Nun wurde auch zum ersten Mal das Bevölkerungswachstum auf eine Art und Weise verrechnet, die geburtenstarke Länder in einem schlechteren Licht dastehen ließ.

Die Grafik wirft noch in anderer Hinsicht ein Schlaglicht auf das Informationsmanagement der ACDA, nämlich durch ihre Fixierung auf den ökonomischen Wert der Rüstungsausgaben. **Technologische** Merkmale der Rüstung spielten hingegen nicht nur in der Grafik keine

Rolle, sie werden auch an keiner Stelle der Berichte thematisiert. Auf diese Weise entsteht zwar ein Bild des finanziellen Rüstungsaufwands – die damit erkaufte Kampfkraft, um die es im Kern geht, bleibt jedoch verborgen. Besonders deutlich wird das mit Blick auf Atomwaffen: Um überall auf der Welt intervenieren zu können und Stützpunkte außerhalb der eigenen Landesgrenzen unterhalten zu können, waren die Großmächte auf ihre Nukleararsenale angewiesen. Mit ihrer Hilfe ließ sich zu jeder Zeit und gegenüber jedem Gegner ein glaubhaftes Drohpotenzial aufrechterhalten – selbst wenn die konventionellen Streitkräfte wie im Vietnamkrieg außerhalb des eigenen Landes oder Bündnisses gebunden waren. Eine vergleichbare Wirkung mit konventionellen Waffen zu erreichen, wäre um ein Vielfaches teurer gewesen.

Die Dekolonisierung war ein weiterer Grund, warum die Fixierung auf den ökonomischen Wert der Rüstungsausgaben während der 1960er Jahre ein eher verzerrtes Bild der Kampfkraft gab. Die Zahl junger, unabhängiger Staaten, die überhaupt erst eigene Streitkräfte aufbauen mussten, wuchs deutlich. Der Aufbau neuer Armeen war jedoch ein wesentlicher Grund dafür, dass die Rüstungsausgaben der Entwicklungsländer im Steigen begriffen waren. Die entwickelten Staaten hingegen mussten keine völlig neuen Strukturen aufbauen und Ausrüstungen anschaffen. Informationen über bereits vorhandene Rüstungsinfrastruktur fanden sich jedoch nicht in diesen Statistiken, die lediglich die Rüstungsbemühungen der letzten Jahre thematisierten.<sup>7</sup>

Natürlich war es mit erheblichen methodischen Problemen verbunden, die Kampfkraft von Streitkräften und rüstungstechnologische **Innovation** messbar zu machen, wie auch SIPRI in seinen Jahrbüchern anzumerken pflegte. Dennoch hatte das schwedische Institut ein System entwickelt, in das auch qualitative Rüstungsdaten einfließen. Waffensysteme mit ähnlichen Werten – beispielsweise in Be-

5 ACDA 1968, World Military Expenditures 1966–67, Washington D.C., 3.

6 SIPRI 1972, World Armaments and Disarmament. Yearbook 1972, Stockholm, New York, London: Almqvist & Wiksell, Humanities Press, Gerald Duckworth, 55–57.

7 SIPRI 1975, The Arms Trade with the Third World, Middlesex, Baltimore: Penguin Books, 32 f.

zug auf Gewicht, Geschwindigkeit oder Feuerkraft – und einer ähnlichen Rolle innerhalb der Streitkräfte erhielten den gleichen Dollarwert zugewiesen, selbst wenn die Produktionskosten aufgrund des Produktionsortes differierten (Brzoska et. al. 1986: 362). Das IISS ging anders vor: Es verzichtete zwar darauf, die gesammelten Daten zu aggregieren, listete stattdessen aber alle vorhandenen Waffen und Waffensysteme auf. Auf diese Weise informierte es nicht nur über Rüstungsanstrengungen der zurückliegenden Jahre, sondern auch über bereits seit Längerem vorhandene Infrastruktur.<sup>8</sup>

Die ACDA dagegen transportierte mit ihren Grafiken und Jahrbüchern Aussagen darüber, welche Rüstungsentwicklungen angeblich als besonders problematisch zu gelten hatten. Was ihre visuellen Strategien zeigten und verschwiegen, ließ manche Staatengruppen gut, andere schlecht dastehen. Das Design der hier diskutierten Grafiken steht exemplarisch für diese Vorgehensweise der ACDA. Es ließ besonders jene Staaten in einem günstigen Licht erscheinen, die über ein stabiles Wirtschaftswachstum verfügten, die besonders effektive Waffen und Waffensysteme einsetzen konnten, seit Jahrzehnten eine gut ausgebaute Rüstungsinfrastruktur unterhielten und ein geringes Bevölkerungswachstum aufwiesen. Dass eine US-amerikanische Behörde Zahlen auf eine Weise arrangierte, die die enormen Rüstungsausgaben der eigenen Regierung relativierte, ist zunächst wenig verwunderlich. Doch zielte diese Darstellungsweise keineswegs darauf, Kritik an den USA abzuwehren. Im Gegenteil: Die ACDA-Jahrbücher waren nicht nur Ergebnis einer Debatte über die globale US-amerikanische Rüstungspolitik, sondern gleichzeitig Medium einer Gruppe politischer Akteur:innen, die eine Abrüstungspolitische Agenda verfolgten.

## Abrüstung als Entwicklungshilfe

Die ACDA-Jahrbücher entstanden im Spannungsfeld dreier Konflikte, die auf verschiedenen Ebenen angesiedelt waren. Zunächst einmal ist ihre Geschichte geprägt von Meinungsverschiedenheiten und Zuständigkeitskämpfen zwischen Regierungsbehörden – namentlich dem State Department, dem Verteidigungsministerium und der ACDA selbst. Zweitens sind sie zu verorten in den Auseinandersetzungen zwischen Kongress und Regierung über den richtigen außenpolitischen Kurs. Und schließlich sind die Jahrbücher vor dem Hintergrund von Rüstungsdebatten zu lesen, die auf internationaler Ebene geführt wurden. Diese internationalen Debatten waren nicht nur vom Ost-West-Gegensatz geprägt, der nach wie vor im Mittelpunkt geschichtswissenschaftlicher Forschungen steht, sondern auch von Interessenkonflikten zwischen industrialisierten Staaten und Entwicklungsländern.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gingen US-Kongress und Regierung davon aus, dass nun auch die Zeit der Militärhilfe an Verbündete beendet sei. Doch in dem Maße, in dem das Bedrohungsszenario eines sich ausbreitenden Kommunismus in den politischen Planungen an Relevanz gewann, wurden erneut rüstungspolitische Hilfsprogramme aufgelegt und ausgeweitet. Anfang der 1950er Jahre lag der Schwerpunkt noch auf Militärhilfe für die NATO-Partner, im Laufe des Jahrzehnts weiteten die USA ihre Unterstützung jedoch auf immer mehr Staaten aus, die als Entwicklungsländer deklariert wurden (Hovey 1965).<sup>9</sup> Die US-Regierung begründete diese Politik nicht allein militärisch. Durch Rüstungshilfe leiste man auch einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen in den Empfängerländern und trage somit zum globalen Wirtschaftswachstum bei (Packenham 1973: 49 f.).<sup>10</sup>

**8** International Institute for Strategic Studies 1960–2021: The Military Balance. The Annual Assessment of Global Military Capabilities and Defence Economics, London: Routledge.

**9** SIPRI 1975, The Arms Trade with the Third World, Middlesex, Baltimore: Penguin Books, 49–76.

**10** »President Asks \$3.9 Billion for Mutual Security Program, Cautions Against Reckless Cuts in Face of Red Power«. CQ Almanac 1959, 15th ed., 11-655-11-659. Washington D.C.: Congressional Quarterly, 1960. <http://library.cqpress.com/cqalmanac/cqal59-1334285>, letzter Zugriff: 8.11.2021.

Wenn allerdings das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer ein so wichtiges Ziel amerikanischer Außenpolitik war, warum investierte man dann nicht direkt in Wirtschaftshilfe? Im Kongress, der im Zuge der Haushaltsverhandlungen das letzte Wort in Fragen der Militärhilfe besaß und somit über ein wichtiges Mittel zur Gestaltung der US-Außenpolitik verfügte, formierte sich Ende der 1950er Jahre Widerstand gegen die Rüstungshilfen um Hubert Humphrey (1911–1978). Der Senator aus Minnesota – eine Größe in seiner Partei – war 1960 John F. Kennedys Gegenkandidat im Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur. Humphrey lehnte Auslandshilfen im Allgemeinen und Militärhilfe im Besonderen nicht grundsätzlich ab – im Gegenteil, er war ein entschiedener Fürsprecher eines internationalen entwicklungspolitischen Engagements der USA. Allerdings prangerten er und seine Mitstreiter im Kongress das Übergewicht von Rüstungsprogrammen gegenüber Wirtschaftshilfe an.<sup>11</sup> Um sich auf effektive Entwicklungshilfeprogramme konzentrieren zu können und die Verschwendung von Ressourcen durch teure Rüstungstechnologien zu unterbinden, sei eine aktive amerikanische Abrüstungspolitik notwendig. Um diese voranzutreiben, empfahl er 1960 die Gründung einer eigenen Behörde, die unabhängig von anderen Ministerien Vorschläge zur Abrüstung entwickeln solle.<sup>12</sup>

Nach der Regierungsübernahme der Demokraten 1961 folgte Kennedy, der Humphreys Kritik an Militärhilfeprogrammen stets geteilt hatte, dem Vorschlag seines Konkurrenten und gründete die ACDA. Der Kongress erhielt nicht nur eine Kontrollfunktion, sondern sollte auch Zugang zu dem Wissen erhalten, dass die ACDA in Zukunft produzieren würde. So war es dem Kongress mit der Behördengründung gelungen, den eigenen Spielraum in rüstungspolitischen Fragen zu erweitern. Die Kennedy-Administration setzte auch andere Anliegen um, die die Demokraten im Kongress seit Ende der 1950er Jahre vertreten

hatten. So tarierte sie das Verhältnis zwischen Rüstungs- und Wirtschaftshilfe neu aus – zu Gunsten der Letzteren. Vor allem Kuba habe gezeigt, dass man Angriffe kommunistischer Staaten weniger fürchten müsse als Subversion aus der Gesellschaft heraus. Deshalb sei es wichtig, gesellschaftlichen Unruhen mithilfe von Wirtschaftsprogrammen entgegenzuwirken. Während das State Department diese Linie ebenfalls vehement vertrat, kam aus dem Pentagon Widerstand. Die USA seien nicht in der Lage, alleine der globalen Bedrohung durch den Kommunismus entgegenzutreten. Man sei auf schlagkräftige Verbündete angewiesen, wenn die eigenen Rüstungsausgaben im globalen Kalten Krieg nicht explodieren sollten. Militärhilfe müsse als ein Weg der Kostenreduktion verstanden werden (Packenham 1973: 59–85; Kaplan et. al. 2006: 421–433).

Aber bei der Neujustierung der Militärhilfe ging es nicht nur um die beste Strategie gegen den Kommunismus, sondern auch um handelspolitische Fragen. Die USA hatten nicht zuletzt aufgrund ihres weltweiten militärischen Engagements mit einem stetigen Dollarabfluss zu kämpfen. Die Reduzierung der Militärhilfe bei gleichzeitiger Steigerung der kommerziellen Rüstungsverkäufe konnte dazu beitragen, dieses Problem zu lösen. Wenn mehr Verbündete in Dollar für amerikanische Waffen zahlen müssten, statt sich auf Hilfe aus Washington zu verlassen, dann leisteten diese einen Beitrag zur Senkung des Handelsbilanzdefizits. 1961 wurde deshalb im Pentagon das Office for International Logistics Negotiations (ILN) geschaffen, das dafür zuständig war, Rüstungsverkäufe an andere Staaten auf den Weg zu bringen. Das ILN konnte dabei auf Kredite der Export-Import Bank of the U. S. (EXIM) zurückgreifen, für die nicht die importierenden Staaten selbst, sondern das Verteidigungsministerium bürgte. Einnahmen, die dabei etwa durch Gebühren entstanden, nutzte die ILN, um am Kongress vorbei Kredite zu vergeben. Henry Kuss, der mit der Leitung der Abteilung betraut wurde, erwarb sich

11 »Mutual Security Act Authorizes \$3,031,400,000«. CQ Almanac 1958, 14th ed., 06-183-06-188. Washington D. C. Congressional Quarterly, 1959. <http://library.cqpress.com/cqalmanac/cqa158-1341193>, letzter Zugriff: 8.11.2021.

12 Humphrey, Hubert H., 1960, Government Organization for Arms Control. Daedalus 89 (1960) no. 4, 967–983.

bald den Ruf eines gewieften Geschäftsmanns. Hatte die ILN 1961 noch Rüstungsgeschäfte im Wert von 523,6 Millionen Dollar abgeschlossen, so lag dieser Wert 1964 bereits bei 1,5 Milliarden Dollar. Im gleichen Zeitraum sank die Militärhilfe von 1,5 Milliarden Dollar auf knapp 800 Millionen. Kuss schätzte 1967, dass durch den Einsatz seiner Abteilung 50 Prozent des Dollarabflusses durch im Ausland anfallende Verteidigungskosten ausgeglichen werden konnten (Kaplan et. al. 2006: 433–435).

Zur selben Zeit kam auch auf internationaler Ebene allmählich Bewegung in Abrüstungsdebatten. 1965 hatte der zweite Kaschmirkrieg zwischen Indien und Pakistan die Rüstungsausgaben zweier bedeutender Entwicklungsländer in die Höhe schnellen lassen. Pakistan hatte aufgrund seiner strategischen Bedeutung zuvor umfangreiche Militärhilfe aus den USA erhalten, während das blockfreie Indien seine Waffen aus beiden Lagern erhalten hatte. Daraufhin brachte Malta Ende des Jahres in der UN-Generalversammlung eine Resolution ein, als einen ersten Schritt in Richtung Abrüstung ein Jahrbuch mit Informationen über den weltweiten Waffenhandel zu initiieren. Auch wenn dieser Vorschlag erfolglos blieb, trug er dennoch zu einem entscheidenden Wandel bei: In der Abrüstungsdebatte, die sich bis dahin auf atomare Abrüstung konzentriert hatte, begann nun auch die konventionelle Rüstung eine Rolle zu spielen (Department 1977: 227).

Die Johnson-Regierung sah sich herausgefordert, auf diese Entwicklung zu reagieren. An der von Malta vorgeschlagenen Veröffentlichung von Waffenhandelszahlen hatte sie kein Interesse, wäre dann doch deutlich geworden, dass die USA der bedeutendste Rüstungsexporteur waren.<sup>13</sup> Stattdessen wartete sie mit einem Gegenvorschlag auf. Humphrey hatte bereits als Senator dafür plädiert, regionale Rüstungsabkommen zu initiieren. Auf dieser Ebene, so seine Überlegung, könne es leicht

sein, Interessen auf einen Nenner zu bringen.<sup>14</sup> Seit seiner Wahl zum Vizepräsidenten 1965 verfügte er über ganz neue Gestaltungsmöglichkeiten. Im Januar 1966, als Reaktion auf den maltesischen Vorstoß, griff Lyndon B. Johnson (1908–1973) den Vorschlag in einer Rede vor dem Eighteen Nation Committee on Disarmament auf, dem maßgeblichen Forum für Abrüstungsfragen, das später auch über den Atomwaffensperrvertrag verhandeln sollte. Dabei stellte er entwicklungspolitische Erwägungen in den Mittelpunkt und kritisierte die Verschwendung von Ressourcen durch Rüstungsausgaben: »The cost of acquiring and maintaining one squadron of supersonic aircraft diverts resources that would build and maintain a university.« Deshalb sollten Staaten auf regionaler Ebene vereinbaren, bestimmte Rüstungsgüter weder zu produzieren noch aus anderen Ländern zu importieren.<sup>15</sup>

Natürlich war die Sorge um den Zustand der Universitäten in Entwicklungsländern nicht der Grund für den US-amerikanischen Vorstoß. Der Widerstand im Kongress gegen Militärhilfen war nicht geringer geworden, während vor allem die Entwicklungen in Vietnam dazu führten, dass das als notwendig erachtete Foreign-Aid-Budget ständig wuchs. Vor diesem Hintergrund hätte sich Verteidigungsminister Robert McNamara (1916–2009) gerne aus anderen Verpflichtungen zurückgezogen. Das aber, so wurden seine Generäle nicht müde zu mahnen, hätte zur Folge, dass andere Staaten in die Bresche springen und ihren Einfluss auf die betroffenen Entwicklungsländer ausbauen würden (Drea 2011: 457–470). Einen Ausweg aus diesem Dilemma boten Abkommen, die Waffenlieferungen an bestimmte Regionen grundsätzlich einschränkten.

Für die ACDA bot diese Hinwendung zu Fragen konventioneller Rüstungskontrolle die Chance, die eigene Zuständigkeit auszubauen. Bis 1965 hatte sie sich fast ausschließlich mit

**13** Statement of ACDA Director Foster to the First Committee of the General Assembly, 2. 12. 1965. National Record Administration, Washington D. C. (NARA), RG 383-980006, Box 3, UN Resolutions on Reporting Arms Transfers 1965–1967.

**14** Humphrey, Hubert H., 1963, Regional Arms Control Agreements. *Journal of Conflict Resolution* 7 (1963) no. 3, 265–271.

**15** Zitiert nach: Limitations on the Transfer of Conventional Armaments, 21. 11. 1968, 6. NARA, RG 383-980006, Box 3, ACDA Participation in Arms Transfer Issues, November 1966–April 1970.

Fragen nuklearer Abrüstung befasst und war etwa in Verhandlungen zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen eingebunden gewesen, der im August 1963 unterzeichnet worden war.<sup>16</sup> Das Themenfeld der internationalen konventionellen Rüstung wurde jedoch ausschließlich vom State Department und dem Pentagon bearbeitet. Zunächst ordnete Direktor William Foster 1965 an, dass seine Mitarbeiter:innen Expertise in Sachen Rüstungstransfer aufbauen sollten. Ab 1966 wurden zusätzliche Mittel für Forschung zu diesem Thema bereitgestellt, auf deren Grundlage die Mitarbeiter:innen Entwürfe für regionale Abrüstungsabkommen entwerfen sollten.<sup>17</sup> Gleichzeitig artikulierte die ACDA Kritik an dem Umstand, nicht in Entscheidungen über Waffenexporte eingebunden zu sein.<sup>18</sup> Im Kongress stieß diese Beschwerde auf Gehör. Im Januar 1967 legten Senatsmitarbeiter:innen eine Studie über Rüstungsexporte vor, die eine Einbindung der ACDA empfahl – eine Forderung, die mehrere Senatoren aufgriffen.<sup>19</sup>

Das seit Januar 1966 erscheinende Jahrbuch über die internationalen Rüstungsausgaben war ebenfalls Ausdruck dieser Bemühungen, der eigenen Expertise in Sachen konventioneller Rüstung Gehör zu verschaffen und sich in die Gestaltung der US-Außenpolitik einzubringen. Ruth Sivard (1915–2015), die für die Publikation verantwortlich zeichnete, war eine überzeugte Verfechterin einer aktiv von den USA

betriebenen Abrüstungspolitik; in späteren Jahren sollte sie zu einer international renommierten Friedensaktivistin werden. Dabei vertrat sie ganz ähnliche Positionen wie Präsident Johnson und sein Vize Humphrey, aber auch wie die Demokraten im Kongress. Der entwicklungspolitische Schaden hoher Rüstungsausgaben war aus ihrer Sicht das Kernproblem. Diese entwicklungshemmenden Effekte zu untersuchen, machte sie zu ihrem Anliegen.<sup>20</sup> Auf diese Weise erhoffte sie sich, die Vorschläge der Regierung mit Daten zu untermauern: »The adverse effects of arms traffic on the economic development of the LDC [Less Developed Countries, D. S.], if demonstrated, could offer a strong supporting argument for control.« Dafür benötige man vor allem Daten über deren allgemeinen Wert: »In other words we should look first at the value aggregates, rather than the specific categories of weapons.«<sup>21</sup> Die Fokussierung auf den Gesamtwert von Rüstungsausgaben war also einer spezifischen abrüstungspolitischen Agenda geschuldet.

1967 erhielt die Debatte über Rüstungsexporte und Militärhilfe eine besondere Brisanz – nicht nur in den USA. Im Frühjahr kam ans Licht, dass unter Umgehung des internationalen Waffenembargos Kampfflugzeuge aus dem Bestand der Bundeswehr über Iran nach Pakistan gelangt waren. Da die in den USA entwickelten Kampffjets aus kanadischer Lizenzproduktion stammten, waren auch Behörden aus den beiden nordamerikanischen Staaten

**16** Archibald S. Alexander, ACDA/E, to Research Council, 23. 9. 1966. NARA, RG 383-980006, Box 3, ACDA Participation in Arms Transfer Issues, November 1966–April 1970.

**17** William M. Sprecher, ACDA, to Ruth L. Sivard, ACDA: Memorandum on Economic Aspects of International Trade in Armaments and Strategic Materials, 29. 4. 1965. NARA, RG 383-980006, Box 3, Arms Traffic, Economic Implications. General Dean, ACDA/WEC to Van Doren, 23. 2. 1966. Ibid., Arms Transfer Coordinating Group, July 1965–December 1966.

**18** William C. Foster: Memorandum on Increased Agency Effort in Arms Transfer Field, 29. 11. 1966. NARA, RG 383-980006, Box 3, ACDA Participation in Arms Transfer Issues, November 1966–April 1970. Brill, ACDA/E, to Van Doren, ACDA/GC, Memorandum on Arms Transfer Coordinating Group, 12. 12. 1966. Ibid., Arms Transfer Coordinating Group, July 1965–December 1966.

**19** Arms Sales and Foreign Policy. Staff Study prepared for the Use of the Committee on Foreign Relations US Senate, January 25, 1967; General Davis, Wade, Furnas, Linebaugh, Van Doren, to Farley: Memorandum on the Control of Conventional Arms, 5. 12. 1969. NARA, RG 383-980006, Box 3, Arms Control/Transfers, January 1966–November 1970.

**20** William M. Sprecher, ACDA: Memorandum on Economic Aspects of International Traffic in Arms, 27. 8. 1965. NARA, RG 383-980006, Box 3, Arms Traffic, Economic Implications.

**21** Ruth Sivard, William Sprecher to Finley: Memorandum on Economic Aspects of International Traffic in Arms, 30. 8. 1965. Ibid.

in den Vorgang involviert gewesen. Im Sechstage-Krieg kamen amerikanische Panzer auf beiden Seiten zum Einsatz und wurden auf diese Weise zum Sinnbild für die destabilisierende Wirkung von Rüstungsexporten (Thayer 1970: 185 f.). Gleichzeitig machte der Vietnamkrieg deutlich, dass die USA durch Gewährung von Militärhilfe schnell in einen Krieg verwickelt werden konnten. Plötzlich stand die Rolle der USA als Waffenlieferant der Entwicklungsländer im Scheinwerferlicht und geriet massiv in die Kritik. Details über die Rolle von Henry Kissinger und seiner Verkaufsabteilung im Pentagon, die Kongressmitarbeiter:innen bereits Ende 1966 in internen Dokumenten analysiert hatten, drangen nun an die Öffentlichkeit.<sup>22</sup> Im Capitol Hill griffen Abgeordnete die öffentliche Debatte über die verheerende Wirkung auf, die das Agieren der USA als internationaler Waffenhändler auf Entwicklungsländer hatte, und befeuerten sie weiter. In der Folge zogen sich die Verhandlungen über den Entwicklungshilfehaushalt enorm in die Länge und endeten damit, dass der US-Regierung enge Grenzen bei der Gewährung von Militärhilfe auferlegt und die Spielräume bei Waffenverkäufen an Entwicklungsländer eingeschränkt wurden.<sup>23</sup>

Der Foreign Aid Act, der die Entwicklungshilfe für das Geschäftsjahr 1968 regulierte, verschärfte die ohnehin bereits vorhandenen Schwierigkeiten der US-Regierung, Verbündete mit Waffen zu beliefern – daran änderte sich auch nichts Grundsätzliches mit den Wahlen 1968. Vor diesem Hintergrund gelang es der ACDA, den von der Johnson-Regierung entwickelten Ansatz regionaler Abrüstungsabkommen auch in die außenpolitische Agenda der Nixon-Regierung einzuschreiben. Mithilfe solcher Abkommen, so das zentrale Argument,

könne verhindert werden, dass sich Entwicklungsländer als Reaktion auf die vom Kongress festgelegten Einschränkungen einfach an die Europäer wandten.<sup>24</sup> Das Argument zündete selbst bei einer Regierung, die Exportbeschränkungen gegenüber feindlich gesinnt war und die in den folgenden Jahren die Rüstungsexporte in den Nahen Osten eskalieren lassen sollte.

Innerhalb der ACDA erhielt Sivards Büro die Aufgabe, das Thema konventioneller Rüstungsbeschränkungen auf der Agenda zu halten.<sup>25</sup> Eine Gelegenheit bot sich Anfang 1970, als das State Department Gespräche mit Galo Plaza, dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, vorbereitete, in dem es um die 1967 vom Senat auferlegten Restriktionen gehen sollte. Plaza sollte dazu gedrängt werden, ein lateinamerikanisches Abrüstungsabkommens anzuregen – von einem US-amerikanischen Vorstoß versprach man sich keinen Erfolg.<sup>26</sup> Sivard lieferte die entsprechenden Argumente. Das war nicht ganz einfach. Die Rüstungsausgaben lateinamerikanischer Staaten lagen ihren Berechnungen zufolge seit Jahren konstant bei zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was verglichen mit anderen Weltregionen kein hoher Wert war. Aus diesen Zahlen ließ sich nur schwer ein konkreter Handlungsbedarf ableiten. Sivard ließ sich davon aber nicht irritieren: »We should get away from the idea that military expenditures as a percent of GNP represent the key indicator«. It is one measure and certainly a popular one, but emphasis on it gives an implication that we know what an appropriate ratio might be for developing countries.« Deshalb müsse man die Perspektive wechseln: »The apparent stability of the ratio to GNP masks a trend which is of greater significance in evaluating

**22** Siehe beispielsweise Sheehan, Neil. A Huge Business: Armament Sales. U. S. Is Principal Source of Weapons for Other Lands – 46-Billion in 17 Years. *New York Times*, 19. 7. 1967; Sheehan, Neil. 16 Companies Get Major Share of Profits in Arms Sales by U. S. *New York Times*, 22. 7. 1967.

**23** Congress Restricts Arms Sales to Developing Nations. *CQ Almanac 1967*, 23rd ed., 07-959-07-962. Washington, D. C.: Congressional Quarterly, 1968. <http://library.cqpress.com/cqalmanac/cqal67-1313204>, letzter Zugriff 9. 11. 2021.

**24** Director of ACDA to the Under Secretary, Memorandum Arms Limitations for Latin America, 9. 10. 1969. NARA, RG 383-980006, Box 3, Arms Control/Transfers, January 1966–November 1970.

**25** Philipp Farley, Office of Deputy Director, to Robert H. B. Wade, 5. 2. 1970. *Ibid.*

**26** Director of ACDA to the Under Secretary, Memorandum Arms Limitations for Latin America, 9. 10. 1969. *Ibid.*

relative economic progress. During the years 1963 through 1968, the rise in military expenditures has been more than twice the increase in per capita GNP.<sup>27</sup> Indem die Rüstungsausgaben auf das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum bezogen wurden, sollte also im Fall der lateinamerikanischen Länder die angebliche Belastung der Entwicklungsländer besser sichtbar gemacht werden. Fortan war dieses Verhältnis ein fester Bestandteil der ACDA-Analysen, wie auch im wenige Monate später erschienenen ACDA-Jahrbuch 1969, aus dem die eingangs abgebildeten Grafiken stammen.

Auch bei der UN machten sich die USA in den folgenden Jahren für regionale Abkommen stark. In der Hoffnung, die Entwicklungsländer davon zu überzeugen, dass solche Abkommen in ihrem eigenen Interesse seien, verwies sie auf die Zahlen, die die ACDA produzierte.<sup>28</sup> Schon bald konterten einige Entwicklungsländer – allen voran Rumänien, das sich Ende der sechziger Jahre zum »sozialistischen Entwicklungsland« erklärte und engere Beziehungen zu den Ländern des globalen Südens suchte. Nicht regionale Abkommen seien die Lösung, um die schädlichen Folgen des internationalen Wettrüstens für die Entwicklungspolitik in den Griff zu bekommen. Vielmehr müsse man bei den industrialisierten Staaten ansetzen, die für einen Großteil der weltweiten Rüstungsausgaben verantwortlich seien. Diese müssten dazu verpflichtet werden, abzurüsten und einen Teil der so gesparten Kosten in Entwicklungshilfe zu investieren (Stahl 2020).

Genau wie die USA setzten die Entwicklungsländer somit auf den ökonomischen Wert von Informationen, um ihren Vorstellungen Nachdruck zu verleihen. Die UN diente dabei nicht nur als Forum, um diese Ideen zu vertreten, sondern auch als Institution, die den eigenen Studien internationales Gewicht und Glaubwürdigkeit verleihen konnte. Mit den Stimmen der Entwicklungsländer setzte

die Generalversammlung in den 1970er Jahren zwei Kommissionen ein, die sich mit den wirtschaftlichen Effekten des internationalen Wettrüstens befassen sollten. In beiden Kommissionen gelang es Vertretern dieser Länder, Schlüsselpositionen zu besetzen. In ihren Berichten, die vom UN-Generalsekretariat veröffentlicht wurden, wiesen sie darauf hin, dass die Rüstungsausgaben der Entwicklungsländer oft auf Stellvertreterkriege zurückzuführen seien, dass das Pro-Kopf-Wachstum der Rüstungsausgaben sehr gering ausfalle und dass der Großteil der Rüstungsausgaben von Entwicklungsländern im Nahen Osten anfalle, diese in Afrika oder Lateinamerika hingegen sehr gering seien.<sup>29</sup> Dieser Vorstoß machte einmal mehr deutlich: Die Aufbereitung von Informationen über Rüstung war ein wichtiges Fundament in den Debatten darüber, was falsch und was richtig lief auf dem internationalen Rüstungsmarkt.

Blickt man etwas genauer auf diese Debatten, wird deutlich, dass das Arrangement der Daten in der hier diskutierten Grafik nicht in erster Linie als Versuch zu verstehen ist, die problematische Rolle der USA und der NATO beim weltweiten Wettrüsten infrage zu stellen. Sivard und andere ACDA-Mitarbeiter:innen gehörten zu jenem Netzwerk von Washingtoner Politiker:innen und Regierungsangestellten, die amerikanischen Waffenlieferungen kritisch gegenüberstanden und nach Möglichkeiten suchten, diese einzuhegen. In diesem Sinne ist ihr Versuch zu deuten, die Rüstungsausgaben in den Empfängerländern möglichst dramatisch darzustellen. Ihre durchaus paternalistische Kritik an den negativen Auswirkungen rüstungspolitischer **Verschwendung** auf Entwicklungsländer erfüllte dabei verschiedene Funktionen: Während der 1960er Jahre stand Entwicklungspolitik – verstanden als Ausbau staatlicher Strukturen mit dem Ziel, über Wirtschaftswachstum die Ver-

27 Ruth Sivard to N. Rich, ACDA/WEC, Memorandum on Arms Limitations for Latin America, 17. 10. 1969. Ibid.

28 Draft Outline: CCD Speech on Control of Conventional Arms, 23. 4. 1970. Ibid.; Department of Political and Security Council Affairs, The United Nations Disarmament Yearbook 1976, 228 f.

29 UN Secretary General: Economic and Social Consequences of the Armaments Race and Its Extremely Harmful Effects on World Peace and Security. Report of the Secretary General, A/8469, 22. 10. 1971;

United Nations Centre for Disarmament: Economic and Social Consequences of the Arms Race and of Military Expenditures. Updates Report of the Secretary-General. New York 1978.

besserung von Lebensbedingungen zu erreichen – im Mittelpunkt internationaler Politik und bildete das moralische Fundament einer Vielzahl von Maßnahmen, Programmen und Projekten. Als moralisches Fundament taugte sie deshalb, weil sie über parteipolitische und staatliche Grenzen hinweg als das beinahe unumstrittene Gute galt – eine Selbstverständlichkeit, die erst in den 1970er Jahren mit einer kritischen Neubewertung der klassischen Entwicklungshilfe verloren gehen sollte (→ Möckel, Kaffee). Noch allerdings konnten die von der ACDA aufbereiteten Informationen im amerikanischen Kontext als Kritik an Militärhilfe und Rüstungsexporten dienen, während sie zugleich auf internationaler Ebene eingesetzt wurden, um unter Berufung auf geteilte Überzeugungen Konsens in Abrüstungsfragen zu stiften.

### Kritik an internationalen Rüstungstransfers im 20. Jahrhundert

Die Frage, unter welchen Umständen es moralisch verwerflich sei, die Nachfrage auf dem globalen Rüstungs**markt** zu bedienen, ist so alt wie der Markt selbst. Als ein verschiedene Weltregionen umfassender Handlungszusammenhang mit international agierenden Unternehmen entstand er im ausgehenden 19. Jahrhundert. Im Gefolge der industriellen Revolution war die Waffentechnik enorm weiterentwickelt worden. Die Herstellung von Rüstungsgütern bedurfte einer ausgefeilten Infrastruktur und laborierten Fachwissens. Die Zahl der Staaten, die in der Lage waren, einen Großteil ihres Bedarfs an Rüstungsgütern innerhalb der eigenen Landesgrenzen herzustellen, sank rapide. Vor diesem Hintergrund erlebten private Rüstungsunternehmen ihren Aufstieg, die moderne Kanonen, Sprengstoff, Maschinengewehre, Torpedos, U-Boote und Schlachtschiffe für verschiedene Regierungen produzierten. Firmen wie die britischen Armstrong und Vickers gründeten Ableger in Spanien, Italien oder Russland. Zur Beziehungspflege mit Regierungen, die

als Auftraggeber infrage kamen, gingen immer mehr Unternehmen dazu über, Vertreter aus anderen Ländern in ihre Vorstände aufzunehmen. Mitunter bildeten sie auch Kartelle, um die Nutzung von Patenten für Sprengstoff, Maschinengewehre oder Stahlplattenlegierungen so zu koordinieren, dass alle Beteiligten ihre Gewinne steigern konnten (Krause 1992: 54–80; Grant 2018).

Kritik an dieser Entwicklung kam sowohl aus dem konservativen als auch aus dem linken Lager. Im ausgehenden 19. Jahrhundert stand dabei zunächst der Vorwurf der Illoyalität im Vordergrund. Wie konnte es sein, dass Unternehmen Profite machten, indem sie potenzielle Feindmächte mit Waffen belieferten? 1913/14 brachte eine Serie von Rüstungsskandalen im Deutschen Reich, Russland und Japan, in die große französische, deutsche und britische Unternehmen involviert waren, neue Details über die Praktiken der Rüstungsindustrie und ihre internationale Vernetzung zum Vorschein. Labour, die französischen Sozialist:innen, deutsche Sozialdemokrat:innen, Pazifist:innen auf beiden Seiten des Atlantiks, aber auch einige Politiker aus dem liberalen und konservativen Spektrum sahen eine »blutige Internationale« am Werk. Diese treibe durch Absprachen die Preise für Rüstungsgüter in die Höhe und fache mithilfe ihrer Kontakte zur Presse und in die Regierungen gezielt ein Wetttrüsten zwischen verschiedenen Ländern an, um den eigenen Profit zu erhöhen. Der von vielen Vertretern der Rüstungsindustrie zur Schau gestellte Patriotismus sei bloße Fassade. Dieser Lesart zufolge lag das Hauptproblem darin, dass der Rüstungs**markt** nach den Mechanismen eines sich globalisierenden Kapitalismus funktionierte. Profitstreben müsse zwangsläufig zu Wetttrüsten und schließlich zu Krieg führen, da nur so ständig steigende Gewinne erwirtschaftet werden könnten. Deshalb forderten die Kritiker, die Rüstungsproduktion wieder zu einem Bestandteil des staatlichen Gewaltmonopols zu machen und zur staatlichen Herstellung von Waffen zurückzukehren (Bösch 2005).<sup>30</sup>

Diese Deutung erfuhr Anfang der 1930er

30 Perris, George Herbert, 1913. *The War Traders. An Exposure*, London: National Peace Council; Newbold, J. T. Walton, 1914. *The War Trust Exposed*, Manchester: The National Labour Press; Snowden, Philip, 1914. *Dread-*

Jahre eine zweite Konjunktur. Während die Gesellschaften mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise befasst waren, blieben die Rüstungsausgaben der meisten Staaten unverändert oder begannen gar zu steigen; zwischenstaatliche Spannungen nahmen zu. Vor diesem Hintergrund stieß die Deutung, dass die Rüstungsindustrie aus Profitgier Kriegsstimmungen befeure, auf breite partei- und milieuübergreifende Resonanz in westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften. Unzählige Publikationen waren dem Thema gewidmet, in den USA, Großbritannien und Frankreich tagten parlamentarische Untersuchungskommissionen, deren Aufgabe es war, den Machenschaften der »Merchants of Death« – so der Titel eines populären Buches – auf den Grund zu gehen.<sup>31</sup> Die Regierung Leon Blums begann mit der Verstaatlichung von Unternehmen, während der US-Kongress die Möglichkeiten amerikanischer Rüstungsunternehmen einschränkte, international tätig zu werden (Grant 2018).

Es waren genau diese Gesetze, die es der US-Regierung nach Ausbruch des Krieges so schwer machten, den demokratischen Regierungen in Europa mit Waffenlieferungen zu Hilfe zu kommen. Im Verlauf des Krieges gelang es den privaten Rüstungsunternehmen, sich als Verteidiger der liberalen Demokratie ein neues Image zuzulegen (Wilson 2016). All das trug dazu bei, dass nach 1945 kaum jemand versuchte, an die Kritik der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Mit dem aufziehenden Kalten Krieg hatte kaum jemand ein Interesse daran, die eigenen Handlungsspielräume erneut durch Exportbeschränkungen einzuzugrenzen. Die internationale Verbreitung von Waffen und die Aufrüstung von Verbündeten genossen als Mittel zum Schutz der »freien Welt« beziehungsweise umgekehrt der kommunistischen Revolution jeweils breite Unterstützung über die politischen Lager hinweg. Hinzu kam die oben erwähnte entwicklungspolitische Funktion, die Waffen in den fünfziger und sechziger

Jahren von vielen Politiker:innen zugeschrieben wurden.

Erst mit der Kritik an den entwicklungspolitischen Kosten von Rüstungstransfers, die sich ab Mitte der 1960er Jahre in den USA zu entfalten begann und bald schon von Akteur:innen in anderen Staaten und von UN-Gremien aufgegriffen wurde, gelangten Fragen zur Einhegung des globalen Rüstungsmarkts zurück auf die internationale Agenda. Diese Diskussion erfuhr schon bald eine Erweiterung. In den siebziger Jahren entdeckten westliche Menschenrechtsaktivist:innen Rüstungsexporte als Thema. Sie prangerten die Gewaltakte autoritärer Regime an, die die von westlichen Demokratien gelieferten Waffen zur Umsetzung ihrer repressiven, antikommunistischen Politik nutzten. Die Resonanz, auf die diese Kritik in westlichen Gesellschaften stieß, verdeutlicht, dass die Blocklogik in den 1970er Jahren allmählich ihre Überzeugungskraft einbüßte. Immer weniger Menschen waren davon überzeugt, dass eine Regierung als Bündnispartner taugte, nur weil sie Kommunisten bekämpfte. Dieser Wandel untergrub auch die Logik der offiziellen Waffenhandelspolitik westlicher Staaten. Warum sollten Waffen an Regime geliefert werden, die sie doch nur dafür einsetzten, die Bevölkerung zu unterdrücken?

Die dargestellten Grafiken der ACDA sind damit Teil einer Entwicklung der 1960er und 1970er Jahre. Fragen der Menschenrechtspolitik und die hohen ökonomischen Kosten der Rüstung sind seither zentrale moralische Argumente in Debatten darüber, nach welchen Normen der globale Rüstungs**markt** funktionieren sollte. Seit einigen Jahren erfährt diese Debatte außerdem eine migrationspolitische Aufladung. Je mehr Menschen aus Kriegsgebieten und Krisenregionen in rüstungsproduzierende Staaten fliehen, desto intensiver wird auch über die Herkunft der Waffen diskutiert, mit denen diese Kriege geführt werden. Ähnlich wie vor dem Ersten Weltkrieg kreist

noughts and Dividends. An Exposure of the Armaments Ring. Report of the Speech by Philip Snowden, MP on the Naval Estimates, Westminster; Delaisi, Francis, 1913. Le patriotisme des plaques blindées, l'affaire Poutiloff, Paris: Édition de la Revue La Paix Par le Droit, 294–315.

<sup>31</sup> Engelbrecht, Helmuth C. und Frank C. Hanighen, 1934. The Merchants of Death. A Study of the International Armament Industry. New York: Routledge.

die Debatte somit nun wieder verstärkt um die Konsequenzen, die der globale Waffenhandel für industrialisierte Staaten – also für die Exporteure – hat.

## Literatur

- Bösch, Frank, 2005. Krupps »Kornwalzer«. Formen und Wahrnehmungen von Korruption im Kaiserreich. *Historische Zeitschrift* 281 (2005), 337–379.
- Brzoska, Michael, und Thomas Ohlson (Hg.), 1986. *Arms Production in the Third World*. London, Philadelphia: Oxford University Press.
- Drea, Edward J., 2011. *McNamara, Clifford, and the Burdens of Vietnam, 1965–1969*, Washington D. C.: Historical Office of the Secretary of Defense.
- Grant, Jonathan A., 2018. *Between Depression and Disarmament. The International Armaments Business, 1919–1939*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Grant, Jonathan A., 2007. *Rulers, Guns, and Money. The Global Arms Trade in the Age of Imperialism*, Cambridge, MA, London: Harvard University Press.
- Hovey, Harold, 1965. *United States Military Assistance. A Study of Policies and Practices*, New York, Washington, London: Frederick A. Praeger.
- Kaplan, Lawrence S., Ronald D. Landa und Edward J. Drea, 2006. *The McNamara Ascendancy 1961–1965*, Washington D. C.: Historical Office of the Secretary of Defense.
- Krause, Keith, 1992. *Arms and the State. Patterns of Military Production and Trade*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Newton, Douglas J., 1985. *British Labour, European Socialism and the Struggle for Peace 1889–1914*, Oxford: Oxford University Press.
- Packenham, Robert A., 1973. *Liberal America and the Third World. Political Development Ideas in Foreign Aid and Social Science*, Princeton: Princeton University Press.
- Stahl, Daniel, 2020. »The waste of the arms race must be apparent to all the world«. Zum Verhältnis von Entwicklungspolitik und Abrüstung im Zeitalter der Détente, in Jürgen Dinkel, Steffen Fiebrig und Frank Reichherzer (Hg.), *Nord/Süd. Perspektiven auf eine globale Konstellation*, Berlin/Boston: De Gruyter, 241–262.
- Thayer, George, 1970. *War Business. Geschäfte mit Waffen und Krieg*, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Wilson, Mark R., 2016. *Destructive Creation. American Business and the Winning of World War II*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press.